

Tagesblätter

Gegründet 1856

zu dieser Ausgabe
Sonderbeilage anlässlich der
Herbsttagung der D.L.G.

Verantwortlicher: Nachrichten Dresden
Herausgeber: Carl Schickel
Hauptredaktion: Nr. 20011
Schickelstraße 11, Postfach 11/12

Verlagspreis für Monat Oktober 3,40 RM, einjährig 36 RM. Postgebühr (ohne Vorbestellung) 1,00 RM.
Anzeigenpreis: Die Spalten werden nach
Gesamtlänge berechnet: die einseitige 30 mm breite Seite 25 RM, die zweiseitige 40 RM. Familien-
anzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 15 RM, außerhalb 20 RM, die 90 mm breite Anzeigenspalte
300 RM, außerhalb 250 RM. Offertengelände 20 RM. Kautionshöhe gegen Vorauszahlung

Druck:
Zweck:
Nachdruck:
(Dresden, Halle, Leipzig)
Schickelstraße 11/12
Dresden
Kreuzberg
Anzeigenteil
Anstalt
aufbewahrt

Die Einladung zur Seekonferenz ausgegeben

Einigkeit zwischen Macdonald und Hoover

London, 7. Oktober. Die englische Regierung hat am Montag die Einladungen für die Einberufung der Fünftägigen-Konferenz nach London ausgegeben. Die Vereinigten Staaten, Frankreich, Japan und Italien werden darin ersucht, für eine Flottenkonferenz Vertreter nach London zu entsenden. Als wahrscheinlicher Zeitpunkt des Konferenzbeginns wird die dritte Woche des Januar angesehen. Die Einladungen sind den Botschaftern in London übergeben. Die Einladung an Amerika war von einem langen Schreiben begleitet. Im Zusammenhang mit der Veröffentlichung des Wortlautes der Einladungen wird für Mittwoch auch eine amtliche Erklärung über den Verlauf der Besprechungen zwischen Macdonald und Hoover erwartet.

Eine gemeinsame Erklärung

Neuport, 7. Oktober. Macdonald und Hoover trafen Montag um 10,30 Uhr wieder in Washington ein. Nach ihrer Ankunft wurde folgende gemeinsame Erklärung veröffentlicht:

„Wir haben alle Fragen, die zu Reibungen zwischen unseren Völkern Anlass geben könnten, im Geiste der Aufrichtigkeit geprüft. Es wurden zufriedenstellende Fortschritte erzielt. Die Besprechungen werden fortgesetzt.“
Senator Borah hat dem Präsidenten Hoover mitgeteilt, er erhebe Widerspruch gegen jede Vereinbarung mit Macdonald, die nicht die Aufgabe des englischen Anspruches, neutrale Schiffe in Kriegszeiten anzuhalten, einschließt. Borah wird, wie die „Herald Tribune“ berichtet, diese Frage während seiner Besprechungen mit dem englischen Ministerpräsidenten am Mittwoch vorbringen.

Macdonald im amerikanischen Senat

Washington, 7. Oktober. Der englische Ministerpräsident Macdonald stattete heute dem Kongress seinen Besuch ab. Zunächst begab er sich ins Repräsentantenhaus. Von dort wurde er von vier Senatoren in den vollbesetzten Senat geleitet, nachdem die Sitzung vertagt war. Die Tribünen waren dicht gefüllt, der französische Botschafter sah in der Diplomatengasse. Als Macdonald eintrat, wurde er durch langanhaltendes Gänzlichkeitsgeschrei begrüßt. Vizepräsident Curtis begrüßte Macdonald durch eine Ansprache, in der er u. a. sagte, er erhoffe die Lösung der Flottenfrage von diesem Besuche. Macdonald, der hierauf das Wort erhielt, dankte für das Willkommen und erklärte, er finde viele gemeinsame Ziele in den Parlamenten der Vereinigten Staaten und Englands, und er wundere sich darüber, daß die Verhandlungen zwischen den beiden Völkern so lange verzögert wurde. Er sei hier, um Mißverständnisse auszuräumen. Weder Großbritannien noch die Vereinigten Staaten von Amerika würden ein Bündnis abschließen, das sich gegen ein anderes Volk oder gegen eine Gruppe von Nationen richtete. Man müsse jetzt an die Friedensarbeit gehen, nachdem Kellogg und Briand den historischen Pariser Friedenspakt geschaffen hätten.

Ein Mann, den er in diesem Zusammenhang noch nennen wolle, sei Gustav Stresemann. Ein stiller, starker, heldenhafter Kämpfer für die Friedenssache, der, im Ausland und in der Heimat von Feinden umgeben, für Deutschland und die Weltfriedenssache gekämpft habe.

Er wolle durch die Erwähnung der großen Verdienste Stresemanns an dieser Stelle gleichsam einen Kranz auf sein Grab legen. Die Rede, der minutenlanges Klatschen folgte, hinterließ einen tiefen Eindruck.

Indien wird nicht Dominion

„Das Volk ist noch nicht reif“

London, 7. Oktober. Der Vizekönig von Indien, Lord Irwin, wird in der kommenden Woche nach kaum viermonatigem Aufenthalt in England wieder nach Indien zurückkehren. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ erklärt in diesem Zusammenhang, daß nunmehr zwischen dem Vizekönig und der englischen Regierung eine volle Einigung über die verfassungsmäßigen Zustände erreicht worden sei, die im Verlaufe dieses Jahres Indien

gewährt werden sollen. Die englische Regierung werde es jedoch dem Vizekönig überlassen, London den geeigneten Augenblick für die amtliche Veröffentlichung dieser Zustände anzufündigen. In jedem Falle sei damit zu rechnen, daß diese Ankündigung vor dem Zusammentritt des indischen

Der Zeppelinstart abermals verschoben!

„Graf Zeppelin“ kommt vielleicht Mittwoch früh Friedrichshafen, 8. Oktober. Der Aufstieg des „Graf Zeppelin“ ist wenige Minuten vor 12 Uhr nachts, nachdem sich bereits die Passagiere in der Halle eingefunden hatten und Startvorbereitungen getroffen worden waren, auf Grund der allerletzte Wettermeldung von der Schiffsleitung neuerdings abgelaßt worden. Kapitän Lehmann, der die Führung des Schiffes übernehmen sollte, stellte zu der Verschiebung des Aufstieges in einer kurzen Erklärung den Fahrgästen gegenüber mit, daß zur Zeit eine meteorologische Situation bestehe, bei der damit zu rechnen sei, daß die stabile sommerliche Wetterlage in äquinoctiale Stürme übergeht. Sowohl die Vormittags- wie auch die Nachmittagswetterkarte seien zwar sehr gut gewesen, da der Sturmwind von gestern nach Norwegen abgewandert sei, die kurz vor Mitternacht festgesetzte Wetterkarte wolle hingegen einen zweiten Sturmwind heraufbeschwören, und es bestehe die Möglichkeit, daß dieser nicht dem ersten folgen, sondern nach Mitteleuropa vordringen werde.

Es wäre gefährlich, die Fahrt unter diesen Umständen anzutreten. Deshalb müsse sie vorläufig verschoben werden. Kapitän Lehmann erklärte am Schluß, daß man mit dem Beginn der Fahrt nun warten müsse, bis die Wetterlage überprüfbarer geworden sei. Die nächste Wetterkarte wird morgen vormittag 11 Uhr vorliegen, so daß eine Entscheidung über den Start gegen 12 Uhr mittags getroffen werden kann. Auch wenn sich die Wetterlage im Laufe des morgigen Tages bessert, wird der Start erst in der Nacht zum Mittwoch erfolgen.

Lord Rothermere für Rückgabe Kameruns und Togos an Deutschland

London, 7. Oktober. Lord Rothermere schreibt in seinem in der „Daily Mail“ erscheinenden zweiten Artikel über seine Eindrücke auf einer Reise durch Deutschland unter der Ueberschrift: „Wird die Republik Bestand haben?“: „Die deutsche Republik hat seit ihrem Bestehen ihre Autorität aufrechterhalten und in jeder Beziehung viele Zugeständnisse von den vormaligen Feinden Deutschlands erzielt.“ Rothermere tritt dafür ein, daß andere Nationen der deutschen republikanischen Regierung helfen, ihre Autorität weiter zu stärken, denn sie habe greifbare Pfänder ihrer guten Absichten gegeben.

Er rät der britischen Regierung, als praktischen und sofortigen Schritt zu diesem Zweck die Rückgabe des vormaligen Deutsch-Kamerun und des britischen Anteils an Togo, die beide eine Belastung des britischen Schatzamtes darstellen, an Deutschland „als Akt internationalen guten Willens“ ernüchlich zu erwägen. „Wir haben es jetzt“, sagt Lord Rothermere weiter, „mit einem neuen Deutschland zu tun. Jede Maßnahme, die zu einem besseren Verhältnis zwischen unseren beiden Nationen beiträgt, hat wirkenden Wert. Die deutsche Flotte wieder über zwei der deutschen vormaligen afrikanischen Besitzungen wehen zu lassen, deren europäische Bevölkerung nur 300 Köpfe beträgt, einschließlich der 180 Deutschen, die dort verbleiben sind, würde für uns nur ein kleines Opfer bedeuten.“ Rothermere empfiehlt daher der britischen Arbeiterregierung, dem Völkerbund den Wunsch mitzuteilen, den britischen Anteil an Togo und das vormalige Deutsch-Kamerun Deutschland zurückzugeben.

Ein Reichsdankhaus in Schneidemühl

Schneidemühl, 7. Okt. Als Dank für den Deutschlitauischen Kampf des Ostens hat das Reich in Schneidemühl ein Reichsdankhaus errichtet, das den

Mittelpunkt des kulturellen Lebens der neuerschaffenen Grenzmark Posen-Westpreußen bilden soll. In dieser Provinz fehlen sämtliche kulturellen Einrichtungen, die alle an Polen gefallen waren. Am Sonntag wurde nunmehr die Weihe des Reichsdankhauses vorgenommen. Das Reichsdankhaus enthält das neue Landestheater, das im Stille des Berliner Hühnerhauses erbaut ist. Dazu kommt eine große, aufs modernste ausgestattete Bühne. Neben zahlreichen Klubräumen, einigen Sälen und Gasträumen enthält das Reichsdankhaus außerdem

Räume für die Stadtbibliothek und für die Grenzmarkbibliothek. An den Weisefestern nahmen als Vertreter des Reiches Landesfinanzamtspräsident Dr. Ueberacher, Stettin, teil, außerdem Gehelmer Finanzrat Ludwig Berlin. Man sah außerdem zahlreiche Ehrengäste aus den Nachbarprovinzen sowie Vertreter der einzelnen Kreise.

Bischof Dr. Schreiber in Berlin

Berlin, 7. Okt. Der Administrator der neuen Weikener Diözese, Bischof Dr. Christian Schreiber von Weikert, ist heute vormittag von Bangen kommend auf dem Anhalter Bahnhof in Berlin eingetroffen. Eine dauernde Uebersiedlung ist vorläufig noch nicht zu erwarten, da Dr. Schreiber die Leitung des Weikener Bistums noch beibehält.

„Kleine Schwierigkeiten“

Belegentlich einer Reise von Vertretern der deutschen Presse in die Tschechoslowakei hat Außenminister Beneš bei einem offiziellen Empfang am Sonnabend eine Reihe politischer Formeln geprägt, die in recht eigenartiger Weise die Unzerstörbarkeit der Beziehungen kennzeichnen, die nun schon über zehn Jahre zwischen Deutschland und der tschechischen Nachbarrepublik herrschen. Ursache und Nährboden dieses unangenehmen Verhältnisses ist, ebenso wie in Polen, der gärende slawische Haß, mit dem das tschechische „Staatsvolk“ — obwohl es in seiner Gesamtheit nur wenig mehr als die Hälfte der Bevölkerung umfaßt — alles, was deutschen Namen trägt, verfolgt. Das ist uns besonders hier im Grenzgebiet, wo wir die Auswirkungen immer wieder zu spüren bekommen, vollkommen klar. Um so mehr interessiert es uns, zu erfahren, wie sich der verantwortliche Leiter der tschechischen Außenpolitik die Entspannung und die Herbeiführung gut nachbarlicher Verhältnisse denkt, die er nach seinen eigenen Worten als eine seiner vornehmsten Aufgaben betrachtet.

Wir können dabei von den allgemeinen und deshalb unveränderlichen Nebendimensionen absehen, mit denen Beneš die Haupt- und Gefahrenpunkte seiner Politik gegenüber Deutschland verbrämt. Solche Beteuerungen wie die, daß er „grundsätzlich und mit Kontinuität“ die Linie des Friedens verfolgen, daß seine Politik keine Geheimpolitik, sondern eine demokratische sei, und daß er das Problem des Friedens als das Problem der Organisation aller vernünftigen Leute ansehe — solche schon formulierte und in der Praxis meist vergebene Formeln gehören nun einmal zum diplomatischen Handwerkzeug und verpflichten zu nichts. Beneš ist auch im Spiel mit Worten ein gelehriger Schüler seines Herrn und Meisters in Paris. Aber die reichsdeutschen Journalisten in Prag haben ihn, nachdem sie ihn schon einmal vor sich hatten, nicht so leichtes Raufes davonkommen lassen, sondern ganz präzise Fragen gestellt über diejenigen Probleme und Vorfälle, die dem deutsch-tschechischen Unbehagen zugrundeliegen. Beneš hat abschwärend geantwortet, daß es bei allen diesen Dingen um keinen einzigen ernsthaften Konflikt handle, sondern höchstens um „Kleine Schwierigkeiten“. Eine sehr neckische Bezeichnung für die wie abreckende Reite von großen und kleinen Zwischenfällen, — von den tschechischen Treibereien gegen den Anschluß, über die ständigen Minderheitsbeschwerden bis zu den Uebergriffen gegen Reichsdeutsche —, die das gegenseitige politische Verhältnis belasten. Noch ausführlicher als die Geringschätzung, die in solcher Bagatelisierung zukunftsreicher Probleme liegt, ist die Art und Weise, wie sich Beneš in seinen Einzelantworten auf verschiedene Fragen deren Entwicklung denkt.

Wenn er sich dabei als schärfster Gegner des Anschlusses von Österreich an Deutschland bekennet, „und zwar nicht aus Sentimentalität, sondern aus Gründen der praktischen Notwendigkeit vom tschechischen Standpunkt aus“, so sagt er damit zwar nichts Neues, aber seine Erklärungen können doch von Bedeutung werden für die weitere Behandlung der Anschließfrage durch die eigenartige Begründung, die er für diese Stellungnahme anführt. Man hört nicht mehr von den mannigfachen politischen Hindernissen, die der tschechischen Vereinigung zweier Brüderländer entgegenstehen sollen, sondern einen ganz schädlichen, national-egoistischen Einwand von der Seite der Wirtschaftspolitik her, für den niemand außerhalb der tschechischen Grenzen Verständnis aufbringen wird. Beneš erklärte nämlich wörtlich: „Die tschechoslowakische Ein- und Ausfuhr bewegt sich heute zu etwa 20 Prozent über, nach und von Österreich, und zu etwa 40 Prozent durch, nach und von Deutschland. Bei einem Konflikt mit einem der beiden Staaten haben wir den Ausweg über den andern; nach vollzogenem Anschluß aber wäre die Lage für die Tschechoslowakei, die so zu 60 Prozent ihres Wirtschaftslebens von einem Nachbarstaat abhängig wäre, katastrophal. Ich verstehe, daß man in Deutschland die Frage des Anschlusses vom Gesichtspunkt beurteilt, aber als tschechoslowakischer Außenminister kann ich nicht anders als gegen den Anschluß sein.“ Man hat wohl noch niemals so leichtfertig und mit so fadenheimgeliebten Gründen über ein politisches Problem urteilen gehört, an dem das Wohl und Wehe von 6½ Millionen Menschen hängt. Und man muß Beneš dankbar sein für das Geständnis, daß wegen eventueller Befürchtungen, die er für das tschechische Wirtschaftsleben in einem von ihm selbst in der gleichen Rede für „praktisch ausgeschlossen“ erklärten Kriegsfall hegt, ein ganzes Volk zur wirtschaftlichen Verkümmern verurteilt werden soll. Nun, die Weltgeschichte hätte ihren Sinn verloren, wenn sie nicht solche lächerliche Schranken mit einer Handbewegung zerknuden würde, wenn die Zeit einmal reif ist.

Ebenso unzulänglich ist auch der Maßstab, mit dem Beneš an die Winderheilenfrage herangeht, die noch viel aktueller ist als der Anschluß und deren Behandlung in der Tschechoslowakei tagtäglich sah das deutsch-tschechische Verhältnis verglichen. Der tschechische Außenminister heißt sich dabei, was besonders unterfressen zu werden verdient, in bewußten und schroffen Gegensatz zu seinem Staatsoberhaupt; denn Präsident Masaryk hat vor wenigen Tagen erst dem